



***BILDUNG IST ZUKUNFT
- AUCH FÜR UNSERE KINDER -***

Forderungen der türkischen
Vereine und Initiativen in Bayern

Der Anteil der Kinder und der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist groß und im Begriff zu steigen. Die heute maßgebenden Generationen, die ununterbrochen über die Kinderarmut klagen, sind in der Pflicht, das wenige Potential an Kindern für die Zukunft qualitativ auf höchstem Niveau mit Bildung auszustatten, damit diese der Gesellschaft nicht zur Last fallen und als Problemfälle abgehakt werden. Im Gegenteil sollten sie ausreichend gefördert werden, damit sie als gleichberechtigte Mitglieder zum Wohle und zum Wohlstand unserer Gesellschaft beitragen können, damit sie den Lebensraum Deutschland für jung und alt lebens- und liebenswert und als Standort wettbewerbsfähig halten und gestalten können.

Wir, die türkischen Vereine und Initiativen, die folgende Forderungen mittragen, sind überzeugt, dass unsere Kinder unter den Bedingungen einer tatsächlichen Chancengleichheit, die das heutige Schul- und Bildungssystem ihnen verwehrt, auch eine Perspektive in unserer hochentwickelten Industrie- und Wissensgesellschaft erhalten und zur Stärkung unserer Gesellschaft beitragen können. Wir wissen, dass wir als Eltern große Verantwortung tragen, aber auch wir gerechte und Gerechtigkeit schaffende politische und soziale Rahmenbedingungen zur Kompensation bestehender Ungleichheiten brauchen, um unsere Verantwortung gebührend wahrnehmen zu können.

Wir rufen alle Verantwortlichen, allen voran die Politiker und die politischen Parteien auf, unseren Forderungen Gehör zu schenken. Gemeinsam müssen wir unsere Kinder aus der Bildungsmisere mit ihren verheerenden sozialen Folgen hinausführen und uns für ein gerechtes und zugleich qualitativ anspruchsvolles Schul- und Bildungssystem einsetzen, in dessen Mittelpunkt das Kind mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten steht.

Wir rufen unsere türkischstämmigen Eltern und Organisationen auf, unsere Forderungen bei der deutschen und türkischen Öffentlichkeit offensiv bekannt zu machen und zu vertreten, unsere Mitbürger im Vorfeld der Landtags- und Kommunalwahlen 2008 für diese für uns als Migranten essentielle Frage zu sensibilisieren und politisch zu aktivieren. Denn die wichtigste Frage für uns im Zusammenhang mit diesen Wahlen ist die Schul- und Bildungsfrage!

Kinder sind unsere Zukunft!

Bildung ist Zukunft für Kinder!

Auch für unsere Kinder!

Impressum / Bezug:

AÇILIM - Präventive Arbeit, mit Migrantenfamilien
Rosenheimer Str. 135, 81667 München
Tel: 089 – 44 11 97 80 / Fax: 089 – 44 11 97 81
@: ali.poyraz@aka-muenchen.de / Internet: www.acilim.de
Träger: AKA - Aktiv für interkulturellen Austausch e.V

Herausgeber:

AÇILIM / AKA mit Unterstützung von 33 türkischen Vereinen, Gruppen und Initiativen in Bayern (s. Liste)
Oktober 2007, Auflage 10 000

AÇILIM und AKA werden gefördert von der
Landeshauptstadt München Stadtjugendamt - Sozialreferat

BILDUNG IST ZUKUNFT - AUCH FÜR UNSERE KINDER -

- Der Schulerfolg muß
 - vom Bildungshintergrund,
 - von der sozialen Schichtzugehörigkeit,
 - von dem Wohnort sowie
 - von der ethnischen Zugehörigkeit der Eltern abgekoppelt werden!

- Chancengleichheit für Migrantenkinder mit Beginn der institutionellen Bildung und Betreuung!

- Lasst die Migrantenkinder nicht allein unter sich!

- **10 Jahre gemeinsame Schule**
 - **flächendeckende Einführung der Ganztagschulen**
 - **mehr Eigenständigkeit für Schulen**
 - **mehr Mitspracherecht für Eltern**
- Besuch von weiterführenden Schulen erst nach Abschluß der 10. Klasse
 - mehr gemeinsame Zeiten der deutschen und nichtdeutschen Kinder im Rahmen der Pflichtschule
 - die Hausaufgaben werden in der Schule erledigt
 - kreative, künstlerische, kulturelle, musische, sportliche und andere angeleitete Aktivitäten, Förderung der schöpferischen, kognitiven u.a. Fähigkeiten im Rahmen der Pflichtschule
 - Maßnahmen und Angebote zum grundlegenden Ausgleich der fehlenden informellen Bildung der Kinder aus bildungsfernen Schichten im Rahmen der Pflichtschule, auch in Kooperation mit nichtschulischen Einrichtungen,
 - Schule auch als Freizeitort
 - Schaffung der Rahmenbedingungen, um ganztägige Präsenzzeit für Lehrer - auch als positive Vorbilder und Motivationsquellen - zu ermöglichen



Kinder lernen von- und miteinander:

- **höchst mögliche Heterogenität der Zusammensetzung der Schülerschaft von Schulen und den einzelnen Klassen**
- **extrem hohe Anteile von Migrantenkindern und homogene Klassen sollen unterbunden werden**

- Verbot der Klassenbildung nach
 - Religions- bzw. Ethik-Unterrichtsbedarf,
 - Niveau der Deutschkenntnisse, oder
 - Kriterien, die zur Anhäufung von Kinder aus bildungsferneren Familien/von Migrantenfamilien führen
- Ausgleich der immensen Wohnortnachteile im Bildungssystem, insbesondere in Ballungszentren
 - Festsetzung einer Höchstgrenze für den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund (max. 40%) in den Sprengelschulen
 - Freihaltung eines Mindestanteils an Schulplätzen für Kinder mit Migrationshintergrund (min. 15%) in allen Sprengelschulen
 - Beim Erreichen der Höchstgrenze: Verteilung der überschüssigen Kinder in andere Sprengelschulen, die weit unter diesem Prozentsatz liegen, nötigenfalls mit kostenlosen Schulbussen
 - Sofortige Verhinderung der Flucht von Kindern der deutschen Bildungsschicht aus bestimmten Sprengeln, Verschärfung des Genehmigungsverfahrens für Gastschüler in Volksschulen.
- Eine gesunde Mischung nach ethnischer Herkunft/Muttersprache. Schulsprengelteilungen den Anforderungen der Heterogenität anpassen.

Mehr individuelle Förderung und Unterstützung für einzelne Schüler

- Begrenzung der Klassenstärke auf max. 15 Schülern für die ersten 4 Jahre, wenn der Anteil der Migrantenkinder aus bildungsfernen Schichten 30 % erreicht. (intensive Förderung, außerdem werden diese Schulen attraktiver für bildungsbewusste deutsche Eltern gemacht)
- Befähigung der Lehrer, die Stärken und Schwächen des einzelnen Schülers individuell zu diagnostizieren, individuell zu fördern und zu fordern. (Fortbildungspflicht für Lehrer)

Individuelle Lernfortschritte stehen im Mittelpunkt des Schulgeschehens.

- Lehr- und Lernformen, die auf den Einzelnen zugeschnitten sind (individuelle Lehrpläne).
Die Verschiedenheit der Schüler wird nicht als Problem, sondern als Potenzial betrachtet und behandelt.
- Alle bleiben im Klassenverband, alle werden mitgenommen.
Kein Weiterreichen mehr nach unten. Die Schulen sind verantwortlich für den Erfolg der Schüler, kein Abwälzen der Probleme auf andere Schulformen.



Stärkung der muttersprachlichen Kompetenzen der Kinder, Förderung und Anerkennung ihrer Muttersprache im Rahmen der Pflichtschule

- Der Anteil der Migrantenkinder steigt, und der deutschen Kinder fällt. Diese gesellschaftliche Realität muß im Schulstoff so umgesetzt werden, dass sich diese Kinder und Familien in einem positiven Kontext wiederfinden können. Ihre Kompetenzen und Potentiale müssen so in den Schulstoff eingehen, dass sie auch ihre Stärken zur Geltung bringen können.
- Muttersprachlicher Umgang in der Familie ist nicht der Grund für mangelhafte Deutschkenntnisse und eine nicht ausreichend entwickelte Sprachkompetenz. Verantwortlich sind vor allem das schwache Bildungskapital der Eltern, die soziale Isolation, fehlende Motivation und dergleichen. Verhalten, Aussagen und Praktiken, die den muttersprachlichen Umgang in Familien bestimmter ethnischer Herkunft verurteilen, aber andererseits Englisch"kurse" ab drei Jahren forcieren, sind destruktiv und unglaubwürdig. Eine entwickelte Sprachkompetenz hängt mit entwickelten kognitiven Fähigkeiten zusammen. Diese können gestärkt werden, auch durch eine reiche, mit Wissenserwerb verbundene muttersprachliche Kommunikation innerhalb der Familie.
- Kurzfristig: Schulen und zuständige kommunale und staatliche Schulbehörden sollen die Erteilung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts nicht erschweren: die Klassenräume müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Mittelfristig: Junge Leute mit Migrationshintergrund müssen motiviert werden, sich für ein Lehramtstudium zu entscheiden, um die Kinder mit positiven Vorbildern zu motivieren, aber auch die Innensicht der Schulen der gesellschaftlichen Realität anzupassen. Sie können auch als Lehrer für muttersprachlichen Unterricht/für islamischen Religionsunterricht im Rahmen des regulären Lehrplans eingesetzt werden.



- **Verstärkte Elternarbeit**
- **Schulen und Kindertagesstätten auch als Bildungsort für die Familien**

- Informationen, vor allem praktische Maßnahmen zur Stärkung von Elternkompetenzen, die ihnen die Eigenverantwortung deutlich machen, jedoch auch die Befähigung vermitteln, diese effektiv wahrnehmen zu können, müssen angeboten werden; Orte, Wege und Möglichkeiten der informellen Bildung und des Wissenserwerbes, die ihnen helfen, ihr kulturelles Kapital und Bildungskapital zu stärken, müssen aufgezeigt werden.
- Anforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft müssen erklärt und deutlich gemacht, Eltern motiviert werden, das lebenslange Lernen umzusetzen, und als aktive positive Vorbilder für ihre Kinder die Initiative zu ergreifen. Das Engagement der Eltern für die Kinder wird für deren Schulerfolg auch bei einem sehr gerechten Schulsystem unverzichtbar bleiben.
- Bessere Personelle Ausstattung für Eltern(bildungs)arbeit in Schule und Kindergarten; Öffnung dieser Einrichtungen zur Kooperation mit kompetenten außenstehenden Einrichtungen und Personen
- Verbesserte Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten für Lehrer mit den Eltern durch Schaffung besserer Rahmenbedingungen und Einführung der ganztägigen Präsenzzeit.

Situation der Kindergärten insbesondere in Großstädten

- Spätestens mit 2, 5 - 3 Jahren muß jedem Migrantenkind mindestens von 8 bis 14 Uhr ein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen, unabhängig davon, ob die Mutter berufstätig ist oder nicht.
Ziel ist 3 Jahre Kindergartenbesuch vor der Einschulung
- Deckelung des Anteils der Kinder nichtdeutscher Muttersprache in Kindergärten und Kindertagesstätten (maximal 30 – 40 % je nach Stadtteil) und eine solide Verteilung unter den einzelnen Gruppen innerhalb der Einrichtung.
- Städtische und von der Stadt bezuschusste Träger der Kindergärten und Kindertagesstätten (kirchliche und nicht-kirchliche) einschließlich Elterninitiativen verpflichten sich, ihre Türen den Migrantenkinder tatsächlich zu öffnen und aktiv dafür zu werben. All diese Einrichtungen sind verpflichtet mindestens 15% der Plätze für Kinder nichtdeutscher Muttersprache freizuhalten.
- Die zuständige Behörde (z.B. das Schulreferat) veröffentlicht zwei Monate vor dem Einschreibungstermin die Liste aller von der Stadt bezuschusten oder geführten Kindertageseinrichtungen mit Anteil der Kinder nichtdeutscher Muttersprache
- Die Migrantenfamilien werden ermutigt, ihre Kinder in Kindergärten mit niedrigem Migrantenanteil unterzubringen (Wohnortnähe ist wichtig; deutsche Sprache gut zu lernen, ist wichtiger)
Die Migrantenorganisationen werden aufgerufen, dafür aktiv zu werben.
- Städtische Kindergartenplätze werden unter Berücksichtigung der muttersprachlichen Zusammensetzung der Kinder zentral vergeben, um eine gesunde Heterogenität zu erreichen.

**Beschluß des Ausländerbeirates
der Landeshauptstadt München vom 25.06.2007**

**Chancengleichheit von Kindern
mit Migrationshintergrund im Bayerischen Schulsystem**

Die Landeshauptstadt wird aufgefordert, beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus darauf hinzuwirken, dass die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen im Bayerischen Schulsystem gewährleistet wird. Hierzu müssen dringlich Maßnahmen ergriffen werden, damit der Schulerfolg nicht weiterhin vom Bildungshintergrund der Eltern, von deren sozialer Stellung und ethnischer Zugehörigkeit abhängt. Der Ausländerbeirat stellt im Folgenden einen offenen Maßnahmenkatalog vor:

1. Keine Aufteilung der Schüler/innen mehr nach vier Jahren Grundschule, sondern mindestens 8 bis 10 Jahre gemeinsame, kostenfreie, flächendeckende und rhythmisierte Ganztagschule:

- Weiterführende Schulen sollen erst nach 10 gemeinsamen Jahren besucht werden.
- Vorteile einer Ganztagschule sind mehr gemeinsame Zeit von deutschen und nicht-deutschen Kindern (Hausaufgabenbetreuung, gemeinsame Freizeit, Förderung in musischer, kreativer und sportlicher Hinsicht etc.) und die Anwesenheit von Lehrkräften und Pädagog/innen als positive Vorbilder.

2. Schulen erhalten in finanzieller und organisatorischer Hinsicht mehr Eigenständigkeit

3. Elternarbeit an den Schulen und Kindertagesstätten stärken:

- den Eltern mehr Mitspracherecht gewähren
- die Eltern mit Migrationshintergrund zur Mitarbeit im Elternbeirat motivieren
- die Schulen als Bildungsort für Familien öffnen
- bessere Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten von Lehrern/Erziehern und Eltern ermöglichen
- Lehrkräfte und Erzieher/innen zum Thema Elternarbeit fortbilden
- Schulen und Kindergärten personell besser ausstatten, um Elternbildungsarbeit zu ermöglichen; die

Einrichtungen zur Kooperation mit kompetenten, außerschulischen Einrichtungen öffnen

4. Höchstmögliche Heterogenität bei der Zusammensetzung der Schülerschaft einer Klasse bzw. einer Schule anstreben:

- keine Klassenbildungen mehr nach Religion bzw. Ethik-Unterrichtsbedarf oder nach dem Niveau der Deutschkenntnisse der Schüler/innen
- Festsetzung einer Höchstgrenze für den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund (maximal 40 %) in den Sprengelschulen
- Freihaltung eines Mindestanteils an Schulplätzen für Kinder mit Migrationshintergrund (mind. 15 %) in allen Sprengelschulen
- Schulsprengelteilung so anlegen, dass Heterogenität ermöglicht wird

5. Mehr individuelle Förderung und Unterstützung für einzelne Schüler/Schülerinnen:

- Beschränkung der Klassenstärken auf max. 15 Schüler/innen, wenn der Anteil der Migrantenkinder 30 % erreicht
- Schulung der diagnostischen Fähigkeiten von Lehrkräften
- Anwendung individueller Lehr- und Lernformen
- kein Sitzenbleiben, sondern individuelle Förderung

6. Stärkung der muttersprachlichen Kompetenzen der Kinder und Anerkennung deren Muttersprache in der Schule:

- Kompetenzen und Potentiale der Kinder aus Migrantenfamilien müssen in der Schule Berücksichtigung, Anerkennung und Förderung finden.
- Die Erteilung von muttersprachlichem Ergänzungsunterricht soll durch Schulen bzw. kommunale und staatliche Schulbehörden nicht erschwert werden; Klassenräume müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

- Erteilung von islamischem Religionsunterricht durch in Deutschland ausgebildete Migranten muslimischen Glaubens

7. Kindergartenplatz für alle Kinder ab 3 Jahren, um drei Jahre Kiga-Besuch vor der Einschulung zu gewährleisten:

- garantierter Kindergartenplatz für alle Kinder von 8 bis mind. 14 Uhr, auch wenn Eltern nicht berufstätig sind
- Migrantenkinder gleichmäßig auf die Kindergartengruppen aufteilen (Migrantenanteil max. 30 – 40 %)
- Nicht städtische, aber von der Stadt bezuschusste Kindertageseinrichtungen verpflichten sich, 15 % ihrer Plätze für Migrantenkinder zu reservieren.
- Das Schulreferat veröffentlicht vor der jährlichen Einschreibung eine Liste aller Kindertageseinrichtungen mit deren Anteil an Kindern nichtdeutscher Muttersprache.
- Migranteneltern werden ermutigt, ihre Kinder in Kindergärten mit niedrigem Migrantenanteil unterzubringen

8. Junge Leute mit Migrationshintergrund sollen motiviert werden, sich für ein Lehramtsstudium zu entscheiden

- Kinder aus Migrantenfamilien gewinnen dadurch Vorbilder.
- Der Schulalltag bzw. die Zusammensetzung des Lehrerkollegiums wird dadurch der gesellschaftlichen Realität angepasst.

9. Armutsbekämpfung soll intensiviert werden, um Integration durch Bildung erfolgreich zu ermöglichen.

10. Im Grund- und Hauptschulbereich soll die Fächer Interkulturelle Kompetenz und Deutsch als Zweitsprache in der Lehreraus- und Weiterbildung verankert werden.

11. Die Themen Medienkonsum und –missbrauch sollen ab dem Kindergartenbereich besser als bislang in das Bildungssystem integriert werden.

12. Zur Verbesserung der Bildungschancen sollen Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Medienkompetenz der Schüler/innen ergriffen werden.

13. Die Durchlässigkeit des Schulsystems nach oben soll verbessert werden.

14. Bei der Verpflichtung zum Besuch der Ganztageschulen sollen auch der Elternwille und der individuelle Förderbedarf der Schüler/innen berücksichtigt werden.

15. Die Sprachenpalette für die 1., 2. und 3. Fremdsprache an weiterführenden Schulen soll mit der Möglichkeit, diese als Abitur- und Prüfungsfach zu wählen erweitert werden.

16. Die sozial- und psychotherapeutische Förderung auffälliger Schüler/innen soll in das Schulsystem einbezogen werden.

Begründung

Seit Jahren beobachtet der Ausländerbeirat die schulische Situation von Münchner Kindern mit Migrationshintergrund, stellt Forderungen zur Verbesserung deren schulischer Situation in Einzelfällen oder zu verschiedenen schulpolitischen Themen, steht in Kontakt sowohl zum städtischen Schul- und Kultusreferat, zur staatlichen Schulbehörde als auch zum Kultusministerium. Seit ebenso vielen Jahren lässt sich kaum eine Verbesserung der Situation der Migrantenkinder ablesen. Die jährliche Statistik zur Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die drei Schultypen, Haupt-, Realschule und Gymnasium, weist kaum eine Bewegung auf. Der Übertritt der Mehrheit der Migrantenkinder nach der vierten Klasse zur Hauptschule oder zur Förderschule scheint ein ungeschriebenes Gesetz zu sein. Ebenso unveränderlich scheinen die Zahlen der Schulabgänger aus Migrantenfamilien ohne anerkannten Schulabschluss: Im Jahr 2003 hatten über 50 % der Schulentlassenen ohne Schulabschluss in München keinen deutschen Pass. Dass in der Folge rund 40 % der Jugendlichen aus Migrantenfamilien ohne Berufsausbildung bleiben, verwundert angesichts dieser Zahlen nicht.

In den diversen Bildungsberichten der jüngsten Zeit, der OECD-Studie von 2006, den PISA-Studien, dem Bericht des UN-Menschenrechtsinspektors, Vernor Munoz oder auch in den Pressemitteilungen der Integrationsbeauftragten Böhmer ist viel von der notwendigen Verbesserung der Bildungschancen von Migrantenkindern die Rede, um ihnen nach der Schullaufbahn einen Weg in das Ausbildungs- und Berufssystem zu ermöglichen und sie auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Trotzdem lassen selbst kleinere Veränderungen bzw. Verbesserungen im Schulalltag lange auf sich warten, während eine große Reform des Schul- und Bildungssystems noch gar nicht in Sicht ist.

Vorschläge für die Eltern

- Nehmen Sie vor der Kindergartenzeit an Mutter-Kind-Spielgruppen teil (Mütterzentren, Kirchen, Sozialeinrichtungen). Falls nicht vorhanden, können Sie zusammen mit einigen Müttern selbst eine gründen. Bitten Sie Einrichtungen oder türkische Vereine um Räumlichkeiten und Unterstützung.

Aufbau und Pflege sozialer Kontakte und Beziehungen sind sowohl für die Mutter als auch für das Kind vom großen Nutzen.

- Falls Sie die Möglichkeit haben und Platz finden, können Sie Ihr Kind in die Krippe schicken, bevor es 3 Jahre alt ist. (Auch ein halber Tag ist schon ausreichend).
- Schicken Sie Ihr Kind spätestens mit 3 Jahren in den Kindergarten, mindestens zwischen 8.00 und 14.00 Uhr. Falls die zahlenmässige Balance zwischen deutschen und nichtdeutschen Kindern zum Erlernen der deutschen Sprache nicht günstig erscheint, bringen Sie ihr Kind in Kindergärten in anderen Stadtteilen unter. Melden Sie ihr Kind frühzeitig und bei vielen Kindergärten an, nicht nur bei städtischen oder kirchlichen etc. sondern auch bei Kindergärten der Elterninitiativen; bleiben Sie beharrlich.

Damit Ihr Kind die deutsche Sprache gut lernt, braucht es genügend deutsche Kinder, die als Sprachvorbilder fungieren, und die es hören und mit denen es sprechen kann.

- Nutzen Sie Vorschulförderprojekte wie Hippy.
- Lassen Sie Ihr Kind musikalische Früherziehung genießen, melden Sie Ihr Kind ein Jahr vor Beginn der Maßnahme an, damit es mit 4 Jahren anfangen kann.
- Nehmen Sie an regelmäßigen Aktivitäten wie Mal-, Schwimm- und Tanzkursen sowie an Lesungen, Theateraufführungen, Kinderfesten teil, die zur Förderung ihres Kindes dienen aber auch die Gelegenheit geben, deutsche Kinder kennenzulernen und eventuell Freundschaften zu schließen. Besuchen Sie Einrichtungen wie Museen, Ausstellungen, Bibliotheken und Tiergärten. Schauen Sie die Ankündigungen und Mitteilungen an der Pinnwand von Kinderärzten, -gärten etc. an.
- Beobachten Sie stets die Entwicklung Ihres Kindes . Informieren Sie sich immer über Themen der Kindererziehung durch Bücher, Veranstaltungen und Beratungsstellen.
- Nehmen Sie regelmäßig an Elternabenden und Veranstaltungen der Kindergärten, Schulen , Horte und ähnlicher Einrichtungen teil.